

Bundestagswahlprogramme der demokratischen Parteien

Die wichtigsten Themen für die KOALITION für HOLZBAU

Die SPD-Aussagen zum Bauen, Wohnen und Klimaschutz:

1. Die SPD will über Investitions-, Steuer- und Entbürokratisierungs-Offensiven den Wohnraumangel angehen. Sie wollen den Privaten Wohnungsbau stärken. (Seite 18-19)
2. Gleichwohl soll die Mietpreisbremse unbefristet gelten in angespannten Wohnungsmärkten.
3. Investition in den sozialen Wohnungsbau weiter stärken. (Seite 19-20)
4. Der Bund will eine eigene Wohnungsgesellschaft gründen.
5. Kommunen soll die Abschöpfung von Bodenwertsteigerungen ermöglicht werden.
6. Das Vorkaufsrecht stärken.
7. Das Bündnis für bezahlbaren Wohnraum wird verstetigt und ausgebaut.
8. Den Gebäudetyp „E“ weiterentwickeln.
9. Der serielle, modulare Bau soll gestärkt und offenbar auch gefördert werden.
10. Die Konzeptvergaben sollen um Einheimischen-Modelle gestärkte werden, das Höchstgebot soll nicht mehr Maßstab sein.
11. Klimaneutralität: Kommunen und Länder sollen neue Verantwortlichkeiten bekommen. (Seite 30-31)
12. Die SPD unterstützt den europäischen Green Deal.

Die Aussagen der CDU-CSU:

1. Das deutsche Lieferkettengesetz soll abgeschafft werden. Der EU-Taxonomie und der CSRD soll ein Riegel vorgeschoben werden. Die EU-Bürokratisierung kleinhalten. (Seite 16)
2. Die Union will das Heizungsgesetz zurücknehmen und unterstützt das Heizen mit dem Rohstoff Holz. (Seite 19)
3. Dekarbonisierung im Gebäudebereich: Sie wollen eine CO₂-Bepreisung mit sozialem Ausgleich.
4. CO₂-Kreislaufwirtschaft etablieren: Die Union setzt auf umfassende CO₂-Kreislaufwirtschaft mit natürlicher und technischer CO₂-Nutzung und Speicherung. Hier könnte man die Verwendung von Holz vermuten. (Seite 21)
5. Die Union will in Kreisläufen denken und den Ressourcenverbrauch reduzieren. (Seite 22)
6. Flächenversiegelung reduzieren und Ausgleichsmaßnahmen verbessern. (Seite 23)
7. Sie wollen die nachhaltige Bewirtschaftung und Nutzung des Waldes und die vielfachen Einsatzmöglichkeiten von Holz weiterentwickeln, gern regional. (Seite 36)
8. Zum Bauen: Die Union will die Baukosten senken durch mehr Bauland und niedrigere Standards. (ab Seite 69)

9. Der Gebäudetyp „E“ soll kostengünstiges Bauen ermöglichen. Sie wollen Ausnahmen von geltendem Planungsrecht in angespannten Wohnungsmärkten für die Genehmigungen (§246e BauGB)
10. Stärkung der Verdichtung, Aufstockung. In Zusammenarbeit mit Ländern und Kommunen die Nutzung von Brach- und Konversionsflächen stärken. (Seite 72)
11. Ein Baukostenmoratorium einführen.
12. Zum Mietrecht wird nur die Förderung des soz. Wohnungsbau erwähnt und Wohngeld regelmäßig anpassen.
13. Die Union will die Sonderabschreibung für bezahlbaren Wohnungsneubau pushen.

Die Aussagen von Bündnis 90/Die Grünen:

1. Die Grünen wollen die **Schuldenbremse** auflösen und derweil mit einem **Deutschlandfonds** die Klimathemen und Infrastrukturprojekte finanzieren. (Seite 18-19)
Die Grünen bekennen sich klar zum Green Deal. Um Verlässlichkeit bei den Themen anzubieten, wollen sie fördern aber auch zum Ordnungsrecht greifen.
Sie wollen notwendige **Modernisierungen mit einer sozialen Staffelung** ausgestalten, ähnlich wie schon bei der Modernisierung der Heizungssysteme.
Beim Klimageld gehen die Grünen ähnlich vor, Einkommensabhängig. (Seite 20)
Bis zu 70 % soll die fossilfreie Heizung gefördert werden, auch für Wirtschaft und Vermieter. (Seite 21)
2. Die Grünen wollen die **Städte** vor Hitzewellen und Starkregen sichern und dazu auch das Instrument der **Entsiegelung** anwenden. (Seite 22)
3. **Der Wald:** Waldsterben verhindern, für Anpflanzungen und ein modernes Waldgesetz wollen sie sich einsetzen. Sie schreiben auch, dass natur- und klimaverträgliche Holznutzung zum Standard werden. (Seite 25) Sie wollen sich für Hanf und Schilf als Dämmstoff einsetzen.
4. **Wohnen und Mieten:** Die Mietpreisbremse (MPB) verlängern und weiter beschränken über den Betrachtungszeitraum. Neu ist, die MPB auch für ab fünf Jahre alte Wohnungen anzuwenden. Möblierte und Ferienwohnungen sollen reglementiert werden, ebenso die Staffel- und Indexmieten. Es geht weiter: Mieter: innen sollen vor Eigenbedarf und Mietschulden geschützt werden. Neu ist auch, dass sich die Grünen klar zur Eigenheimbildung (am liebsten im Genossenschaftsmodell) positionieren und Notar- und Maklerkosten absenken wollen. (Seite 31)
5. **Schnelles und klimaverträgliches Bauen:** (Seite 32) Die Grünen setzen auf den Bestand mit den Themen Aufstockung und Umwandlung Leerstand aktivieren.
Sie wollen das Baurecht vereinfachen und bundesweit angleichen. Übertriebene Anforderungen sollen zurückgeführt werden.
Auch die Grünen wollen das Vorkaufsrecht stärken und den sozialen Wohnungsbau ausbauen.

6. Die Grünen setzen überwiegend den **Fokus auf den Bestand** und deren Sanierung, dafür soll es erneut Fördergelder geben. Dabei ist den Grünen das Thema Kreislaufwirtschaft und Nutzung von Baustoffressourcen wichtig. Sie wollen sanierte Gebäude als Taxonomie konform anerkennen!!
7. Das Thema bezahlbarer Wohnraum für **Studierende und Azubis** soll mit neuen Wohnheimen und dem Programm „Junges Wohnen“ gefördert werden. (Seite 35)

Die Aussagen der FDP:

1. Zum Bauen: (ab Seite 42)

- Die Abschreibung auf den Wohnungsneubau soll attraktiver werden.
- Ein Baukostenmoratorium soll eingeführt werden.
- Beschleunigung von Genehmigungsverfahren.
- Einführung von bundesweit einheitlichen Anforderungen an das serielle Bauen.
- Auch die Brandschutz-, Gebäudeenergie- und Statik-Themen sollen stark reduziert werden.
- Gebäudetyp „E“ – einhergehend mit der Entrümpelung des Baurechts verbunden mit einer Bund-Länder-Offensive, eben weil die Bundesländer eigentlich gestalten.
- Nachverdichtung und Aufstockung vereinfachen
- Die FDP setzt natürlich auf die Digitalisierung der Planung in der Verwaltung.

Zum Mietrecht: (Seite 42)

- Die Liberalen setzen komplett auf die Vereinfachung des Mietrechts, lehnen eine Mietpreisbremse komplett ab und sie wollen das Nebenkostenrechts verschlanken.
- Die starren Kappungsgrenzen wollen sie wegen der Sanierung des Bestandes lockern.

Zum Energierecht/GEG: (Seite 44)

- Die Liberalen setzen auf marktwirtschaftliche Lösungen mit dem CO₂-Zertifikatehandel.
- Das Heizungsgesetz soll auslaufen.
- Die FDP erlaubt das Heizen mit Holz.

Zur Kreislaufwirtschaft/EU-Themen: (Seite 12)

- Die FDP will die Berichtspflichten aus dem Green Deal abschaffen. Dazu zählen u.a. das Lieferkettengesetz und die CSRD. Sie schreiben weiter, dass sie den Green Deal vollständig abschaffen wollen.
- Ein zentrales Instrument für mehr Klima-, Arten- und Naturschutz ist die Kreislaufwirtschaft. Moderne Recyclingmethoden statt Produktverbote. (Seite 42)

Zur Waldwirtschaft: (Seite 45)

- Das Bundeswaldgesetz stützen die Liberalen. Der Waldumbau wird ebenso gestützt.
- Die EU Entwaldungs-Lieferkette lehnen sie ab als untauglich.
- Sämtliche Nutzung von Holz aus nachhaltiger Bewirtschaftung ist klimaneutral und muss auch rechtlich so behandelt werden.